

Zur Stärkung des Regimes der Vereinten Nationen sollten Kleinstaaten die mit ihrer Kleinheit und sicherheitspolitischen Tradition verbundenen *comparative advantages* bewusst nutzen. Dazu gehört vor allem, dass sie weniger als andere Staaten in den Verdacht geraten, unter dem Deckmantel kollektiver Aktionen eigene Interessen zu verfolgen. Damit verknüpft ist ihre relative Leichtigkeit, mit verschiedensten Akteuren Vertrauensbeziehungen zu knüpfen und die Legitimität gemeinsamer Vorstöße zu stärken.

Thematisch gesehen hat sich der Bereich der menschlichen Sicherheit als eines der neuen Betätigungsfelder für kleinstaatliche Friedens- und Sicherheitspolitik hervorgetan: Der von der Commission on Global Governance eingeführte Begriff der menschlichen Sicherheit bezeichnet die Sicherheit des Individuums, das überall auf der Welt physisch unverehrt und frei von Angst und Willkür leben können soll.<sup>9</sup> Der Inhalt des Begriffs ist an sich nicht neu: Es handelt sich im Wesentlichen um Menschenrechte, das humanitäre Völkerrecht, die internationale Strafgerichtsbarkeit sowie Bestrebungen gegen die Verbreitung von Minen und Kleinwaffen und solche im Kampf gegen Kindersoldaten. Die Verknüpfung dieser in der herkömmlichen Betrachtungsweise oft getrennten Bereiche unterstreicht aber die gemeinsame, auf das Individuum bezogene Dimension der Sicherheit und betont dadurch die Bedeutung der Sicherheit von Individuen als Indikator für Sicherheit und Frieden. Zur Umsetzung dieser Zielsetzungen bilden sich neue Koalitionen von Staaten, internationalen Organisationen und NGOs, die unterschiedliche Formen von Kampagnen lancieren, etwa im Kampf gegen Personenminen oder gegen die Verbreitung von Kleinwaffen. Parallel dazu entstehen neue Formen internationaler Politik-Netzwerke im Umgang mit Problemen internationaler *Public Policies*.<sup>10</sup> Dadurch gewinnen nichtstaatliche Akteure an Bedeutung. Zugleich tritt kollektives Handeln noch stärker als früher in den Vordergrund.

Alle diese Faktoren begünstigen die Einflussmöglichkeiten kleiner und mittelgrosser Staaten: Sie sind statistisch gesehen überdurchschnittlich oft an solchen Aktionen und Netzwerken beteiligt. Die durch sie angestrebte Normenbildung entspricht zumeist ihren Interessen. Zudem

---

9 Commission on Global Governance: *Our Global Neighborhood*, 1995.

10 Reimicke, *Global Public Policy*, in: *Foreign Affairs* 76 (6), 1997, S. 127–138.